



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

338 (2.8.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192609](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192609)

Mannheimer General-Anzeiger

Wegzugsliste: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. Mk. 1.50 für Belegstellen u. Einrückungsgebühren...
Wegzugsliste: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. Mk. 1.50 für Belegstellen u. Einrückungsgebühren...
Wegzugsliste: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. Mk. 1.50 für Belegstellen u. Einrückungsgebühren...

Badijche Neueste Nachrichten

Wegzugsliste: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. Mk. 1.50 für Belegstellen u. Einrückungsgebühren...
Wegzugsliste: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. Mk. 1.50 für Belegstellen u. Einrückungsgebühren...
Wegzugsliste: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. Mk. 1.50 für Belegstellen u. Einrückungsgebühren...

Waffenstillstands-Verhandlungen.

Berlin, 2. August. (Von unserem Berliner Büro.)
Wie aus Warschau gemeldet wird, ist dort von den russischen Waffenstillstandsbedingungen noch nichts bekannt geworden, erst recht natürlich nichts von dem Abschluß eines Waffenstillstandes. In einer Presskonferenz erklärte der neue polnische Generalstabschef General Razmadowski, die Lage sei ernst, man müsse sich auf weitere Kämpfe bis aufs äußerste gefaßt machen, bei denen es heißen werde: „Wir oder sie!“ Die polnische Heeresleitung habe jedoch eine Lage geschaffen, welche es ermöglichen werde, den feindlichen Anprall nunmehr aufzuhalten.
Gleichzeitig deutete der Außenminister einem französischen Delegierten an, welche die polnischen Unterhändler für den Waffenstillstand mitbekommen hätten: Unabhängigkeit des polnischen Staates, Ablehnung jeder etwaigen Entlohnung und Festlegung einer Demarkationslinie, wie sie Lloyd George aufgestellt hat, oder aber der Linie, wie sie von den polnischen Truppen am Tage des Waffenstillstandsabschlusses eingenommen wird.

Interessant war der Schluß der Erklärungen: Polen müsse sich hüten, bei den Deutschen, Tschechen und selbst bei den Russen Haß zu erwecken. Frankreich müsse endlich verstehen, daß Polen die Rolle eines Gendarmen in Osteuropa nicht spielen könne. Der polnische Landesverteidigungsrat veröffentlichte eine Verordnung über die Heranziehung der Zivilbevölkerung zu Räumungsarbeiten. Warschau und der Warschauer Bezirk sind einem Militär-gouverneur unterstellt worden.

Verdächtige Verjägerungen!

Paris, 1. August. (WB.) Der „Petit Parisien“ erklärt hinsichtlich der Veröffentlichung des aufgefundenen bolschewistischen Funkentelegramms, wonach die russische Heeresleitung vor dem 4. August ein Abkommen mit den Polen schließen sollte, es beständen sehr ernste Gründe dafür, daß die Russen weit davon entfernt seien, einen aufrichtigen Frieden mit Polen zu wünschen, sondern nur daran dächten, ihre Erfolge immer weiter auszudehnen, bis die Polen schließlich gezwungen seien, zu kapitulieren. Inzwischen dränge die russische Armee weiter vor. Die russische Kavallerie befinde sich ungefähr 30 Kilometer von Warschau entfernt. Die polnische Heeresleitung habe inzwischen verschiedene Neubildungen von Heeresteilen zum Zwecke einer Reorganisation der Armee angeordnet. Die Rückendeckung sei französischen Offizieren anvertraut.

Die Lage an der Front.

Kopenhagen, 1. Aug. (WB.) Berlinische Abendzeitung meldet aus Kopenhagen: Zuverlässigen Nachrichten zufolge haben die Bolschewisten Augustowo besetzt. Die Polen haben sich auf Sumalki zurückgezogen, dessen Bevölkerung die russischen Truppen im Gebiet von Mariampol um die Befreiung der Stadt vor den Bolschewisten ersuchte.

Ein Ultimatum Rumäniens.

Belgrad, 1. August. (WB.) Südslawisches Pressebureau. Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatus mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Besarabien sofort zurückzuziehen. Der Sowjetregierung wird eine Frist von drei Tagen gewährt. — Wie verlautet, hat Rumänien die Mobilisation angeordnet.

Polen soll als Pufferstaat verschwinden.

Paris, 31. Juli. (WB.) Nach einer Meldung aus New York sollen die Bolschewisten nach Informationen, die dem Staatsdepartement in Washington zugegangen sind, als Bedingung für einen Friedensschluß die Ausschaltung Polens als Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland fordern.

Inbetriebnahme des Kabels nach Ostpreußen.

Berlin, 2. August. (Von unserm Berliner Büro.) Am heutigen Montag wird das deutsche Fernsprechkabel nach Ostpreußen in Betrieb genommen. Polen wird damit nicht mehr in der Lage sein, den Fernsprech- und Telegrammverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich zu beeinflussen. Der Reichspostminister hatte sich gestern nach Seda begeben, um der Schlüsselübergabe beizuwohnen. Dann wird er nach Ostpreußen und Königsberg fahren, um der Einweihungsfeier beizuwohnen.

England fordert Freilassung seiner Kriegsgefangenen

Amsterdam, 1. August. (W. B.) Nach einer Meldung der „Central News“ hat die englische Regierung am 29. Juli eine neue Note nach Moskau geschickt, die die Freilassung der englischen Gefangenen in Riga verlangt. Die englische Regierung weigert sich, die Entscheidung der Räteregierung, sie hätte keine Macht über jenes Gebiet, anzunehmen.

Friedensfragen.

Wien, 1. August. (Pr.-Tel.) Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister Dr. Simons, der in bezug auf die Meldung, wonach die große Londoner Friedenskonferenz, auf der die Streitfragen zur Behandlung kommen sollen, ohne Hinzuziehung Deutschlands abgehalten werden wird, erklärt habe: „Wenn diese Nachricht richtig ist, so ist es sehr erstaunlich, daß Rußland zustimmt, daß über alle die großen Fragen, die zwischen Rußland und Deutschland zu regeln sind, Hinzuziehung Deutschlands entschieden werden soll.“

Im Verlauf der Unterredung kam der Minister auch auf

den Zusammenschluß von Deutschland und Oesterreich zu sprechen und erklärte, die Gefahr, welche Oesterreich durch die ungarische Frage und die Bestrebungen nach Herstellung der Donauföderation bedrohe, sei nur durch ein Mittel zu bannen, nämlich das Festhalten an dem Gedanken, daß es nur eine natürliche und rechtmäßige Lösung der deutschen Frage gibt, diese sei der föderalistische Zusammenschluß aller deutschen Stämme in Deutschland und Oesterreich. Auch dieser Gedanke werde und müsse einmal zur Wirklichkeit werden, sowie der Gedanke, daß Deutschland und Rußland durch die stärksten wirtschaftlichen Interessen aufeinander angewiesen seien.

Spaniens Teilnahme an der Finanzkonferenz.

Paris, 1. August. (W. B.) Nach einer Meldung aus Brüssel hat die spanische Regierung erklärt, daß Spanien offiziell an der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel teilnehmen werde.

Eine oberösterreichische Grenzlinie.

Katibor, 1. Aug. (WB.) Nach der Neuen Oberösterreichischen Zeitung hat die Pariser Botschaftskonferenz über die Grenzführung zwischen Tschechoslowakien, dem hutschiner Ländchen und dem oberösterreichischen Abstammungsgebiet die Entscheidung getroffen, daß die von der polnisch-tschechoslowakischen Grenzfestlegungskommission festgelegte Grenze bis zur Beendigung der Abstimmung als Grenze zwischen Oberösterreich und Tschechoslowakien gilt und zwar als endgültige, wenn die Abstimmung zugunsten Polens ausfällt. Bleibt das Abstimmungsgebiet deutsch, so wird eine neue Prüfung der Grenzführung notwendig. Nach dieser Entscheidung werden die Ortschaften Haatsch, Sandau und Nisch vorläufig unter tschechoslowakische Verwaltung kommen, wogegen das Reichsministerium des Innern scharfen Protest eingelegt hat. Auch die Vorsteher der drei Gemeinden sind bei dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission wegen der Abänderung der Entscheidung vorstellig geworden.

*

Auffladern des türkischen Kampfes gegen die Bedrücker.

Amsterdam, 31. Juli. (WB.) Die türkischen Nationalisten haben der Times zufolge in Sile im Nordosten von Anatolien einen Aufstand provoziert. Dort wurde ihre Garnison angegriffen. Eingetroffene Verstärkungen nahmen die Stadt wieder und hängten die Mordtäter. Der Aufstand breitete sich bis zum Bezirk Tokat aus, wo viele Häuser niedergebrannt wurden. Ein anderer Bericht besagt, daß die Stadt Sile durch einen Brand, der durch Artilleriefeuer verursacht wurde, in Asche gelegt worden ist.

Persische Kündigung des persisch-englischen Abkommens.

London, 1. Aug. (WB.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus London veröffentlicht die Reutersagentur eine Erklärung aus persischer Quelle, wonach das englisch-persische Abkommen außer Kraft gesetzt ist.

Die Kohlenvorschüsse endgültig genehmigt.

Paris, 1. August. (WB.) Die Senatskommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen berieten gestern vormittag über das Gesetz, durch das die Vorschüsse für das Kohlenabkommen festgelegt werden sollen. Ministerpräsident Millerand erklärte, die deutschen Kohlenlieferungen für die nächsten 6 Monaten bedeuteten nur eine Abschlagslieferung auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Gesamtleistungen. Millerand erklärte ferner, er würde überhagen lassen, wie die deutsche Regierung die Vorschüsse, die die Alliierten leisten, verwende. Er verneinte jedoch die Frage, ob Deutschland gezwungen werden solle, für die Vorschüsse Käufe in dem Prozentsatz bei Frankreich zu machen, mit dem Frankreich an den Vorschüssen teilnehme. Die beiden Kommissionen haben in gemeinsamer Beratung den Gesetzentwurf angenommen und der Senat selbst hat nach einer kurzen Debatte den Gesetzentwurf mit 221 gegen 31 Stimmen genehmigt.

Deutschland und Italien.

Offizielle Wiederaufnahme der deutsch-italienischen Beziehungen.

Berlin, 1. August. (WB.) Beim Empfange des neu ernannten italienischen Botschafters De Martino durch den Reichspräsidenten und den Reichsminister des Innern hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er es als seine Aufgabe bezeichnete, alle Kräfte einzusetzen, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern herzlich und fruchtbar zu gestalten. Er vertraue dabei auf die bereitwillige Mitwirkung der deutschen Regierung. Nur durch gemeinsame, übereinstimmende Arbeit könne das hohe Ziel der Zivilisation, der allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zum gemeinsamen Wohle der europäischen Nationen und die Abwendung der gegenwärtigen gefährlichen Lage auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete erreicht werden. Die italienische Regierung vertraue auch darauf, daß die alliierten Regierungen die Ausführung des Friedensvertrags unter gegenseitiger aufrichtiger Bemühung in der Richtung des Friedens und des Fortschritts einrichten werden. Der Botschafter gab dann seinen Wünschen für das Gelingen des deutschen Volkes Ausdruck.
In seiner Erwiderung begrüßte der Reichspräsident die Wiederaufnahme der vollen amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und drückte dem Botschafter das Vertrauen der deutschen Regierung aus. Seine Auffassung der hohen Ziele seiner Aufgabe finde bei dem gesamten deutschen Volke lebhafteste Zustimmung; gleichzeitig werde es auch die deutsche Regierung an nichts fehlen lassen, die vom Botschafter genannten Ziele in fruchtbringender, gemeinsamer Arbeit zu erreichen; aber auch die historisch begründeten gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Völkern sollten aufmerksamste Pflege finden. Mit Genugtuung dürfe die Tatsache erwähnt werden, daß unter allen Staatsmännern der Völker Italiens den Gedanken der europäischen Solidarität als erster klar ausgesprochen und vertreten

habe. In diesem Geiste wolle Deutschland den Friedensvertrag erfüllen. Nur in diesem Geiste könnten der Welt die Segnungen eines wahren Friedens gesichert werden. Mit dem Danke für die Wünsche für das Wohlergehen Deutschlands verband der Reichspräsident die Wünsche für einen gesegneten Erfolg des verantwortungsvollen Amtes des Botschafters.

Kongress der zweiten Internationale.

Genf, 31. Juli. (W. B.) Generalsekretär Dujmans eröffnete heute vormittag 11 Uhr den internationalen Sozialistenkongress in Genf. Der englische Delegierte Shaw wurde zum Präsidenten u. der holländische Delegierte Kliegen zum Vizepräsidenten gewählt.
Präsident Shaw schilderte in seiner Begrüßungsansprache die trostlose Lage Europas und die trostlosen Ernährungsverhältnisse in Rußland, aus welchem Lande er erst vor kurzem als Mitglied der englischen Delegation zurückgekehrt sei. Nebenfalls wolle er feststellen, daß er die russische Methode entschieden ablehnen müsse. Die zweite Internationale dürfe sich aber jedenfalls nicht als Feind Sowjetrußlands betrauen. Die Weltmächte haben ihre Haltung gegenüber Sowjetrußland bereits deutlich geändert, wobei der Labour Party ein großes Verdienst zukomme. Der zu erwartende Friedensschluß mit Rußland werde auf jeden Fall den arbeitenden Klassen aller Länder zugute kommen. Der Präsident gab jedoch der erscheinenden Meinung Ausdruck, daß die Debatte nicht mehr zum Gegenstand eines Zwiesches auf einem sozialistischen Kongresse gemacht werden dürfe.

Hr. Dr. Braun (Deutschland) erklärte, daß die Deutschen sehr wohl begriffen, daß die französischen und belgischen Delegierten die Frage der Verantwortlichkeit nicht beiseite lassen wollten, aber die Deutschen seien der Meinung, daß es sehr schwierig sei, die Verantwortlichkeit am Weltkrieg festzustellen, da die Deutschen die einzigen seien, die die Akten dieser Verhältnisse verständlich hätten. Notwendig sei die Diskussion der Schuldfrage und eine Debatte über die Verantwortlichkeit erlaube den Deutschen für die Gestaltung der Zukunft des Völkervertrages erforderlich. Generalsekretär Dujmans teilte mit, daß auf Wunsch französischer und belgischer Delegierter der Kongress eine Entschließung annehmen müsse zu Ehren von Jaurès. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren Jaurès.

Die vom Kongress eingesetzten Kommissionen begannen gestern nachmittag ihre Arbeiten. Die erste Kommission schlug vor, eine Kommission zu bestellen mit dem Auftrag, Verhandlungen mit den Gruppen, die der Zweiten Internationale nicht angehören, einzuleiten, um mit diesen gemeinsam eine einheitliche internationale zu errichten auf der Grundlage der traditionellen und demokratischen Grundzüge des Sozialismus. Die zweite Kommission prüfte die Frage der Schuld am Krieg. Sie beschloß nach Anhörung der Delegierten der am Krieg beteiligten gewonnenen Länder eine Unterkommission mit der Ausarbeitung einer Entschließung zu beauftragen. Diese Kommission ist zusammengesetzt aus van Tol (Holland) als Präsident und Rogier (Frankreich), Le Postolle (Belgien), Hill (England), Braun (Deutschland) und Amberg (Schweiz).

Die Versammlung wurde heute um 11.30 vormittag geschlossen. Eine Plenarsitzung wird erst wieder am Montag stattfinden.

Eine ungeheuerliche Schuld-Entschließung für die deutschen Sozialdemokraten.

Genf, 1. August. (WB.) Die Kommission für die Verantwortlichkeitsfrage des internationalen Sozialistenkongresses nahm nach schwierigen Verhandlungen unter Vorbehalt der Zustimmung seitens der deutschen Delegation, die noch nicht vollständig erschienen ist, einstimmig folgende Resolution an:

In Erwägung, daß die deutschen Sozialdemokraten in ihrer Denkschrift über die Frage der Verantwortlichkeit anerkannt haben, nicht frühzeitig und nicht energisch genug das System des Militarismus und des Imperialismus bekämpft zu haben, vor allem in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die der Kontrolle der Volksvertretung entzogen waren, in weiterer Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst sagt, daß die deutsche Revolution zum Unglück der ganzen Welt und im besonderen auch des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät gekommen ist und daß darin, ihr nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, eine Schuld liegt, und die deutsche Sozialdemokratie sich nun selbst anklagen muß, in weiterer Erwägung, daß die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission für die Schuldfrage die nachstehende Erklärung abgegeben hat:

1. das Bismarcksche Deutschland hat — wie schon Marx und Engels erklärt haben — den Weltfrieden auf das härteste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen 1871 mit Gewalt annektiert hat (für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine Elsaß-Lothringische Frage mehr);
2. das kaiserliche Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens verletzte;
3. das republikanische Deutschland hält sich selbst für verpflichtet, zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffes, den das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konfliktes mögliche Schiedsgericht abgelehnt hat.

nimmt der Kongress diese Erklärung zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der alliierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Hebertreibung seiner Interessenpolitik und seiner Rachsucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig, daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopslosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber liegt.

Der Kongress gibt die Urheber der abscheulichen Schändlichkeit, die Europa und die Welt in Blut gebadet hat, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigte eine Festigkeit, alle seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von neuem anzukämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Den Verhandlungen der Kommission, die diese Resolution einstimmig beschloß, wohnte deutscherseits der Reichstagsabgeordnete Dr. Braun, Mitglied der S. D. bei.

Diese Resolution soll am Montag in einer Vollziehung des Kongresses zur Behandlung kommen. Soviel bekannt, hat sich jedoch der Kongress dahin geeinigt, daß eine Diskussion über diese Resolution nicht mehr stattfinden wird.

Eine Entschließung der englischen Delegation.

Genf, 31. Juli. (WB.) Die englische Delegation hat zum Kongress der Zweiten Internationale eine Entschließung gefaßt, in der die Regierungen Europas aufgefordert werden, die notwendigen Mittel zur Erhaltung und zum Aufbau der vorhandenen Einrichtungen zur Ernährung der Kinder bereit zu stellen. Die Entschließung verurteilt jeden Versuch, mit dieser Frage politische oder kommerzielle Zwecke zu verbinden. Es wird daher verlangt, daß für die Verwendung von Mitteln, die für die Unterstützung

von Kindern gegeben worden sind, Sicherheiten geschaffen werden sollen vor Einküften, die dem ursprünglichen Charakter ihrer Verwendung nach nicht bringen können. Diese Mittel dürfen ausschließlich für die Unterernährten Kinder verwendet werden gleichfalls, welcher Gesellschaftsform, welchem Lande und welchem Stande sie angehören.

Zur Erörterung der Schulfrage.

Berlin, 31. Juli. (W. B.) Nach einer weiteren Meldung hat Dr. Mann auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Genf nicht für die Erörterung der Schulfrage gesprochen, sondern nur erklärt, die Deutschen würden sich einer solchen Erörterung nicht entziehen, weil sie aber für unannehmlich, verfrucht und unfruchtbar. Das Protokoll wünsche keine hülfslosen Betrachtungen, sondern erwerbe vielmehr positive Ergebnisse von dem Kongress.

Pazifismusträume.

Pazifisten-Demonstration.

Berlin, 2. August. (Von unserm Berliner Büro.) Am 6. Jahrestage des Kriegsbeginns fand im Lustgarten eine Pazifisten-Demonstration statt, die von der Wiederholung des Krieges. Als wirksamster Schutz dagegen wurde der internationale Zusammenschluß aller Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer empfohlen. Später wurden die Kriegshinterbliebenen und Kriegsveteranen zu einem Demonstrationzug mißbraucht.

Zwei Seelen in einer Brust — national und international.

München, 2. August. (Pr.-Tel.) In einem Artikel des früheren Reichsministers Graf Bernstorff über „Deutschland und der Völkerbund“ führt dieser aus, daß das Streben nach einem wahren Völkerbund für Deutschland die einzige Rettungsmöglichkeit biete und daß eine anders gerichtete auswärtige deutsche Politik keinerlei Aussicht auf Erfolg habe. Man darf nicht wie früher lediglich national gesinnt sein, sondern muß auch ein internationales Gefühl haben. Trotz aller Mängel ist der Völkerbund zum erstenmal in der Weltgeschichte politische Wirklichkeit geworden, der Völkerbund, welchen der Königsberger Philosoph Kant als deutschen Begriff geprägt und als Menschheitsideal gefördert hat. Graf Bernstorff hält es jetzt für die Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik, den Kampf für den Völkerbundgedanken da aufzunehmen, wo Wilson ihn seinen Händen ergriffen hat. Die deutsche auswärtige Politik müsse eine Politik der Ideen und der sittlichen Kraft sein. Der Völkerbund müsse eine internationale Weltwirtschaft organisieren, in die Deutschland eingefügt wird, weil unsere durch den Friedensvertrag gefährdete Lebensfähigkeit auf anderem Wege nicht gesichert werden kann. Die Idee der wirtschaftlichen Gemeinschaft der ganzen Menschheit und die Ausdehnung der freien Verträge zwischen allen Völkern der Erde müsse die wirtschaftliche Politik des Völkerbundes beherzigen.

Das neue badische Landtagswahlgesetz.

Das badische Landtagswahlgesetz steht jeweils in engem Zusammenhang mit der badischen Verfassung. Beides sind aber solange nur vorläufige Gesetze, bis das Reich sein Wahlgesetz endgültig geregelt hat. Dann kann in Übereinstimmung damit ein dauerndes Verfassungs- und Landtagswahlgesetz in Baden geschaffen werden.

Für die Ubergangszeit kommt das jetzige neue Landtagswahlgesetz in Frage, das in der letzten Sitzung des Landtages am Donnerstag in 2. Lesung angenommen wurde. Da weitere Änderungen wohl in der 3. Lesung nicht mehr erfolgen, ist eine Ubersicht über die Gesetzesmaterie von allgemeinem Interesse.

Landtagswahlen! Zunächst wird „bis auf weiteres“ bestimmt, daß die Landtagswahlen so vorgenommen werden sollen wie die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920. Das neue Reichswahlgesetz vom 27. April 1920 hat ja bekanntlich aus der badischen Verfassung den automatischen Prozentsatz und die Berechnung der Reichstimmern übernommen und ist deshalb auch für Baden wohl geeignet. Neben den bisher üblichen Wahlkreisen wären somit künftig auch die Wahlkreise und die Wahlkreise zu wählen. Gegenüber dem Reichswahlgesetz und der Reichswahlordnung sind insoweit Vorbehalte zu machen, als die Wahlzahl in Baden 10 000 Stimmen und als Endresultat 7500 statt 60 000 bzw. 30 000 im Reich verfassungsmäßig festgelegt sind. Da wo das Reichswahlgesetz und die Reichswahlordnung Behörden und Stellen des Reiches als Instanzen für die Reichstagswahlen vorsehen, treten in Baden an Stelle des Reiches das Land, an Stelle des Reichspräsidenten und der Reichsregierung das badische Staatsministerium, und an die Stelle des Reichsministers des Innern der badische Minister des Innern, an die Stelle des Reichsanzeigers der badische Staatsanzeiger, an die Stelle des Reichswahlleiters tritt ein Landeswahlleiter und die Reichswahlordnungen sind durch Landeswahlordnungen ersetzt, deren Einführung neben den Kreisvorschriften wünschenswert erscheinen.

Wahlkreise: Statt der bisher mindestens vier Wahlkreise steht das neue Gesetz deren sieben vor. Diese sind im Anschluß an die bestehenden Kreise gebildet. Die in den 7 Wahlkreisen sich ergebenden Stimmkreise der einzelnen Parteien sind ihren Landeswahlvorschriften zuzurechnen, wobei die Zahlen 10 000 und 7500 maßgebend sind. Wahl- und Stimmrecht, wie die Ausübung des Vorschlagsrechts sind wie im Reichswahlrecht geregelt, wenn sie zu der in Betracht kommenden Zeit ihren Wohnort im Lande haben. Es steht auch im Gegensatz zum Reichswahlgesetz den Soldaten zu, solange nicht der Entwurf des Reichswahlgesetzes, nach dem das Recht zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen für Soldaten ruhen soll, Gesetzeskraft erlangt hat.

Das Volksversorgungsrecht (Volksbegehren) kommt nach der badischen Verfassung in Frage:

1. nach § 22 als des Begehren nach Erlassung, Abänderung oder Aufhebung von Gesetzen einschlägig der Verfassungsorgane in Form eines ausgearbeiteten und begründeten Entwurfes;

2. nach § 23 Abs. 1 als das Verlangen, daß ein vom Landtag angenommenes Gesetz der Volksabstimmung unterworfen werde;

3. nach § 45 als Verlangen des Zusammentritts und

4. nach § 46 als Verlangen der Auflösung des Landtages.

Das ganze Verfahren und seine Durchführung soll dem Volke und den interessierten Kreisen ausschließlich überlassen bleiben. Die Beteiligten einzuweisen und begründen den Gesetzentwurf, sammeln Unterschriften und reichen sie mit den Nachweisen über erfolgte Veröffentlichung in einem der Tagesblätter jedes der 7 Wahlkreise beim Landtage, falls dieser tagt, sonst beim Staatsministerium ein. Mit der Einreichung der Unterschriften erst beginnt in Baden die Tätigkeit des Landtages oder des Staatsministeriums.

Für die Sammlung der Unterschriften ist eine dreimonatliche Frist mit Ausschlußcharakter festgelegt. Die Unterschriften müssen nur der Gemeindebehörde erfolgen. Es ist eine gemeindebedürftige Beurkundung darüber notwendig, daß die Unterschriften in der Gemeinde stimmberichtig sind. Jedem Stimmberechtigten ist das Recht der Kontrolle und Abweisung sowie der etwaigen Beschwerden an den Landtag gewährleistet.

Volksabstimmung. Sie ist nach der neuen badischen Verfassung nötig:

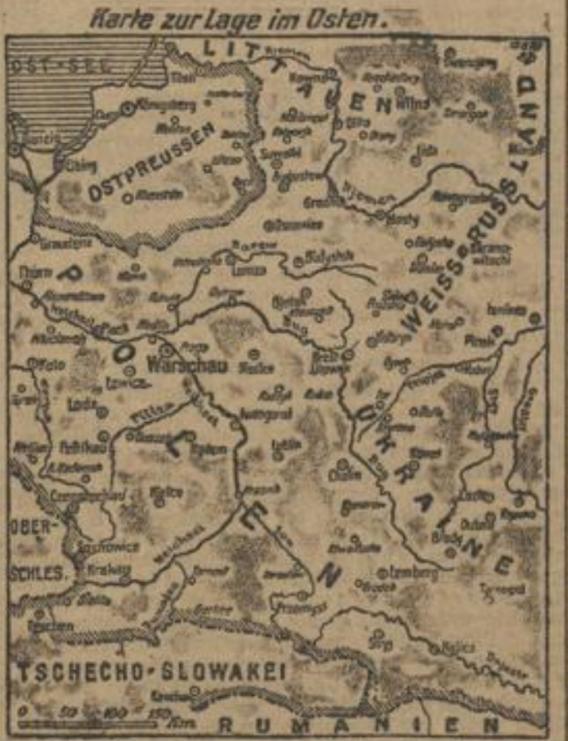
1. nach § 22, Abs. 3 der Verfassung, wenn 80 000 Stimmberechtigte ein ordnungsmäßiges Gesetzesbegehren beim Landtage eingereicht haben, dieser aber dem Verlangen nicht entspricht oder selbst die gleiche Gesetzesmaterie anderweitig regelt;

2. nach § 23, Abs. 1 und 2 der Verfassung immer dann, wenn der Landtag ein die Verfassung änderndes Gesetz beschlossen hat, oder wenn ein von der Volksabstimmung nicht ausdrücklich ausgeschlossenes Gesetz

a) auf Beschluß des Staatsministeriums oder b) auf das Begehren von mindestens 80 000 Stimmberechtigten zur Volksabstimmung zu bringen ist;

3. nach § 46 der Verfassung, wenn 80 000 Stimmberechtigte die Auflösung des Landtages verlangen, worüber das Volk binnen einem Monat zu bestimmen ist.

Die badische Verfassung sieht für Verfassungsänderungen zwei Drittel Mehrheit, sonst eine einfache Mehrheit der gültig Abstimmenden vor. Zu jeder Abstimmung müssen im gleichen Umfange wie zu jeder Neuwahl die Wahlkreise oder besondere Parteien freigelegt werden. Im Gegensatz zum Volksbegehren ist die Durchführung der Volksabstimmung von vornherein als obrigkeitliche Maßnahme zu behandeln und zu regeln. Es handelt sich hier in der Hauptsache um einen Akt der Gesetzgebung. Die Volksabstimmungen sollen wie die Landtagswahlen selbst vorgenommen werden. Die Frist, binnen deren die Volksabstimmung erfolgt sein muß, ist auf nicht länger als 8 Wochen von dem Zeitpunkt an angelegt, zu dem die Notwendigkeit zur Volksabstimmung feststeht. Am gleichen Tage können Abstimmungen über mehrere Gesetze oder Gesetzesentwürfe erfolgen, auch wenn sie verschiedene Gegenstände betreffen.



Auswanderung nach Rußland?

Das Reichsauswanderungsamt hat sich auf die Frage „Kann man nach Rußland auswandern?“ in längeren Ausführungen geäußert. Es kann daher angesichts einer rührigen Propaganda für eine Auswanderung nach Rußland, die namentlich von kommunistischer Seite aus durchschlagenden politischen Gründen erfolgt, nur gewarnt werden.

Die Darlegungen des Reichsauswanderungsamtes lauten:

Es ist richtig, daß Sowjetrußland Ingenieure, Techniker, Handwerker und gelernte Industriearbeiter draucht; es kann sie jedoch erst dann beschäftigen, wenn die nahezu gänzlich verwahten russischen Industriebetriebe mit den allermodernsten Maschinen, Maschinenwerkzeugen, Werkzeugen, Chemikalien usw. beliefert werden. Noch nötiger braucht Rußland technische Kräfte für die Wiederherstellung des völlig zusammengebrochenen Eisenbahnwesens, aber auch hier fehlt es an allem. Rußland will daher erst Lokomotiven, Eisenbahnwagen und sonstige Eisenbahnmateriale, ferner Ausstattungen für die Eisenbahnwerkstätten usw. haben, bevor nicht die inneren Transportmittel wieder in Betrieb zu bringen sind. Rußland will daher erst Lokomotiven, Eisenbahnwagen und sonstige Eisenbahnmateriale, ferner Ausstattungen für die Eisenbahnwerkstätten usw. haben, bevor nicht die inneren Transportmittel wieder in Betrieb zu bringen sind. Rußland will daher erst Lokomotiven, Eisenbahnwagen und sonstige Eisenbahnmateriale, ferner Ausstattungen für die Eisenbahnwerkstätten usw. haben, bevor nicht die inneren Transportmittel wieder in Betrieb zu bringen sind.

Für Baubeamte sowie für Kaufleute sind die Aussichten weniger günstig, da der Handel voraussichtlich von den bäuerlichen Wirtschaftsgenossenschaften beherrscht werden wird. Eine landwirtschaftliche Anstellung wird in absehbarer Zeit ebenfalls nicht in Frage kommen können, da die landwirtschaftliche russische Bauernschaft, die in Sowjetrußland das Wort führt, von der Abgabe von Ländereien an Ausländer nichts wissen will.

Nicht weniger schwierig ist die Frage des Transportes nach und von Sowjetrußland. Für den Wasserweg nach St. Petersburg oder Odessa fehlt es sowohl Deutschland wie Rußland an dem notwendigen Schiffsraum, während der Landweg über die östlichen Randstaaten führt, die sich, beeinflusst und unterstützt durch die Entente, gegen die Errichtung einer Transportverbindung zwischen Deutschland und Rußland auflehnen.

Als es gelingt, alle diese Fragen zu klären, dürfte noch geraume Zeit verstreichen. Jedenfalls kann von einer Auswanderungsmöglichkeit nach Rußland einzuweisen noch nicht gesprochen werden, zumal es im Hinblick auf die ablehnende Haltung der östlichen Randstaaten und auch Rumaniens keine Einreisemöglichkeit dorthin gibt. Außerdem liegen die Verhältnisse in Sowjetrußland derzeit ungünstig (keine Zufuhr von Lebensmitteln zu den Städten und Industriestädten, daher eine all umfängliche Begriffe übersteigende Knappheit, auch an Bedarfsartikeln jeder Art, Teuerung — fast überall mit zunehmender Krankheit, wie Hunger, Typhus (Storbus), Flecktyphus, Cholera, während es an Ärzten, und vor allem an Arzneimitteln, fehlt, so daß die wenigen Ärzte sich nicht einmal selbst vor diesen Krankheiten schützen können —, das Bandenwesen nimmt eher zu als ab, dazu Bauernaufstände und Revolution ohne Ende), daß es keinem friebliebenden, arbeitsfertigen Menschen zu gemutet, geschweige denn angeraten werden kann, auf etwaige Arbeitsangebote der russischen Sowjetregierung einzugehen, solange diese nicht wenigstens die angemessene Unterbringung in nicht verfallenen Räumen und ärztliche Versorgung, ferner Schutz gegen Uebergriffe auf Leben und Eigentum und für Freiheit der Betätigung tatsächlich bieten kann.

Eisenbahntechnikern, Maschinenbauern usw. wird ein Tagegeld von 150 Rubel Papiergeld versprochen, bei Belieferung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen auf Karten. Letztere sind jedoch wertlos, da es keine nennenswerten staatlichen Vorräte gibt, während im Schwarzhandel zum Beispiel ein Pfund (ein russisches Pfund gleich

402½ Gramm) Brot bis zu 60 Rubel, für einen Hering bis 600 Rubel, für ein Pfund Fleisch bis 2500 Rubel, für ein Pfund Butter bis 3500 Rubel und mehr bezahlt werden müssen. Wenn die Sowjetregierung ihren Beamten Gehältern bis 50 000 Rubel monatlich und darüber hinaus zahlt und zahlen muß, so beweist das zur Genüge, welche Summen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes notwendig sind, weil eben das Papiergeld so gut wie gar keinen Wert mehr hat. Ein Arzt nimmt von seinen Patienten kein Geld an, sie müssen ihm Lebensmittel bringen. Der Bauer will wiederum keine Lebensmittel für Geld hergeben, sondern Bedarfsgegenstände (Mägel, Schrauben, Messer, landwirtschaftliche Geräte usw.) dafür haben, die er ebenfalls für Geld nicht bekommen kann.

Deutsches Geld.

Sonderzulage für Erwerbslose.

Kloßsche, 1. Aug. (Pr.-Tel.) Die Reichsregierung bereitet eine Verordnung vor, wonach solche Erwerbslose, die längere Zeit arbeitslos sind, eine Sonderzulage erhalten sollen.

Ratenzahlungen für die Telefonansätze.

Berlin, 1. Aug. Vom Reichspostminister erging folgende Verfügung: Um den Teilnehmern die Beschaffung des einmaligen Betrags zu erleichtern, wird die Verwaltung den Betrag allgemein in Vierteljahres-Zahlungungen ohne Nachprüfung des Bedürfnisses einzahlen. Wo die wirtschaftliche Lage eines Teilnehmers noch weitergehende Erleichterungen erforderlich macht, werden die Vierteljahres-Zahlungungen bei Hauptanschlüssen auf 100 R. und bei Nebenanschlüssen auf 50 R. herabgesetzt. Außerdem ist mit der Deutschen Volkswirtschafts-Versicherungsgesellschaft in Berlin das bekannte Abkommen getroffen, daß sie auf Antrag des Teilnehmers einen einmaligen Betrag für ihn leistet.

Das Ergebnis der Konferenz der Ernährungsminister.

Berlin, 2. Aug. (Von unserm Berliner Büro.) Ueber die Konferenz der Ernährungsminister, woran Bayern, Hessen, Württemberg, aber nicht Baden, vertreten war, werden folgende Einzelheiten berichtet:

Die süddeutschen Minister trugen ihre Wünsche über die Gestaltung der Ernährung im kommenden Wirtschaftsjahr vor. Darauf legte Reichsernährungsminister Herms die Absichten und Pläne des Reichsernährungsministeriums dar. Es stellte sich heraus, daß in diesem Programm die meisten süddeutschen Wünsche bereits berücksichtigt waren. Einig war man darin, daß an der Brotgetreide- und Milchviehwirtschaft nicht gerüttelt werden dürfe, daß dagegen in der Fleisch- und Kartoffelerzeugung wesentliche Erleichterungen eintreten müßten. Bei der Kartoffelerzeugung wird eine Verringerung schon in aller Kürze in Kraft treten. Mit den Erleichterungen für die Fleisch- und Milchviehwirtschaft läßt man erst im Herbst, oder anfangs Winter beginnen. Die süddeutschen Minister wollten vor allem die Bewirtschaftung von Oelen und Früchten freigesprochen werden. Dieser Wunsch wird vollständig erfüllt werden. Die Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung der Fleischwaren ist am Freitag von der zuständigen Stelle endgültig beschlossen worden. Die süddeutschen Minister erklärten, daß das vom Reichsernährungsministerium aufgestellte Programm einheitlich durchgeführt werden müßte, und daß die Einzelstaaten infolgedessen keine Sonderaktionen unternehmen würden.

Bayern.

Das Urteil im Hochverratsprozeß Ciening und Genossen.

München, 31. Juli. (W. B.) Im Hochverratsprozeß gegen Ciening und Genossen wurde Ciening wegen Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahre Festungshaft verurteilt. Freiberger und Ucker wurden freigesprochen.

Rückkehr des bisherigen bayerischen Justizministers in den aktiven Dienst.

München, 2. Aug. (Pr.-Tel.) Der bisherige bayerische Justizminister Dr. Müller wird, wie halbamtlich gemeldet, die Stelle eines Präsidenten an dem neuerrichteten Landgericht Coburg aus persönlichen und politischen Gründen namentlich mit Rücksicht auf seine parlamentarische Tätigkeit nicht übernehmen. Dr. Müller tritt vielmehr durch die Stelle eines Rates im obersten Landgericht in München wieder in den aktiven Dienst der Justiz zurück.

München, 2. August. (Pr.-Tel.) Der Bayerische Ministerpräsident v. Kahr hat sich am Samstag auf mehrere Tage nach Coburg und Berlin begeben, um dort dienstliche Angelegenheiten zu erledigen.

Baden.

Verweigerung des Refraks des Hauptleutnants Kunz.

Karlsruhe, 30. Juli. Das Staatsministerium hat den Refraks des Hauptleutnants Kunz in Böhrenthal, der wegen unerlaubter Entfernung zum Dienort, Verleumdungen von Behörden und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Staatsverfassung durch Disziplinverweigerung des Unterstaatsministeriums mit Strafverlehung unter Widerruf der etatmäßigen Anstellung bestraft worden war, zurückgewiesen.

Der Kampf gegen die Landwirtschaftskammer.

Heidelberg, 30. Juli. Der vorige Kreisvorsitzende der Zentrumspartei nahm eine an den Vorstand der Partei gerichtete Entschiedenheit gegen die Landwirtschaftskammer an, in der Klage gefordert wird, daß die Kammer der L. u. M. im Lande verunreinigt und durch maßloses Ueberblähen der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse diese in unerträglicher Weise in die Höhe treiben. Es sei ertraglos zu fordern, daß endlich dem unternehmlichen Treiben ein Ende gemacht wird.

Parlamentarischer Abend.

Karlsruhe, 30. Juli. In den Räumen des Staatsministeriums fand gestern ein parlamentarischer Abend statt, zu dem sich nicht nur die größte Zahl der Landtagsabgeordneten, sondern auch viele geladene Gäste eingeladen hatten. Hauptredner waren u. a. die Minister Dietrich, Gummel, Köhler, Kemmel und Traut, der Kommandeur der Sicherheitswehr General-Liebowitz, Oberbürgermeister Dr. Hiltner, Vertreter der Kammer und Wissenschaftler. In gewöhnlicher Besinnung nahm der Abend einen ungewöhnlichen, lebhaften Verlauf.

Verkauf beschlagnahmter Auslandsleije.

Karlsruhe, 31. Juli. Die Adge. Schen (Zem.), Dr. Feiler (Zem.) und Bismann (Pr.) haben im Landtag folgende Anfrage eingereicht: In der Regierung bekannt, daß in letzter Zeit bei Groß- und Kleinhandlungen der Lebensmittelverknäuf, die nach unrichtiger Auffassung des Landespreises durch den Staat, trotz der beschlagnahmten Lebensmittelkonflikte der Justizstellen des badischen Landespreises in Freiburg und Konstanz und deren untergeordneten Organen auf Veranlassung der Reichsstelle für Oelen und Freie, Zwischhülle Baden, in Karlsruhe (Zwischhülle der Lebensmittelbeschaffung Berlin) und auch von letzterer Stelle selbst Kaufverträge in größeren Mengen beschlagnahmt wurden, die abhand von der Lebensmittelbeschaffung nach außerhalb Baden verbracht und mit bedeutendem Gewinn verkauft wurde, wobei den Besessenen der vorgenannten Zwischhülle ein Anteil an diesem Gewinn zufließt, während die Reichsstelle den Gewinn, bei den Seiten beschlagnahmt wurden, nicht einmal den eigenen Beschlagnahmungsstellen für die Aufhebung der Seire ausreicht. Was betrifft die Regierung zur Aufhebung dieser freies Beschlagnahme an den? Wie ist es zu verantworten, daß bei diesen Verhältnissen Besessene der Justizstellen des badischen Landespreises in Freiburg und Konstanz mitwirken und den betroffenen Besessenen diese Unternehmung verweigern? Wie sind diese Verhältnisse in Verbindung zu bringen mit der Mitteilung des Landespreises in Karlsruhe an die Regierung über die Besessenen, wonach der Lebensmittelbeschaffung kein Recht zusteht, in Baden aufzukäufte Seite zu beschlagnahmen?

Aus Stadt und Land.

Die Kriegsgefangenen von Voignon.

Hinter Gefängnismauern drohen 350 Deutsche den Gläubern die Heimat zu verlieren. Verbrecher sind sie in den Augen der Feinde, lebenswerte und danteswürdige Volksgenossen sollen sie in den unsern sein.

So sehen diese "Verbrecher" aus! Die deutschen Behörden bemühen sich um Wiederaufnahmeverfahren oder Anwendung des französischen Amnestieerlasses auf diese deutschen Gefangenen, aber bis jetzt gänzlich ohne Erfolg.

Die Bevölkerungsbewegung im Mai

Nach dem Monatsbericht des Statistischen Amtes gibt die natürliche Bevölkerungsbewegung im Mai ein eigenartiges Bild. Vor allem fällt die enorme Zahl von 399 (275) Eheschließungen in die Augen, die um so bemerkenswerter ist, als auch die vorjährige Zahl gegenüber jener des Jahres 1918 mit 126 eine gewaltige Steigerung bedeutet hatte.

Keine nationalen deutschen Kundgebungen auf den Rheindampfern.

Am Hinblick auf die mehrfach vorgekommene Zwischenfälle auf den Rheindampfern, wo deutsche nationalelieder usw. gesungen wurden, die von Fahrgästen, die den Besetzungsmächten angehörten, über vernimmt wurden, hat, so wird uns von unserm rheinischen Mitarbeiter geschrieben, die Interalliierte Rheinlandkommission in einem besonderen Schreiben an den deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete darauf aufmerksam gemacht, daß Kundgebungen auf den Rheindampfern, die geeignet sind, als gegen die alliierten Armeen oder gegen Angehörige der Besetzungsmächte (also auch gegen Zivilisten) gerichtet aufzufaßt zu werden, unbedingt verboten sind und streng bestraft werden.

Das Kunsthaus.

Ein klassischer Stätte, in jenem Stadtteil Mannheims, an den bedeutsame Namen aus der deutschen Kunst, Dichtung und Geschichte geknüpft bleiben, erschloß sich Samstag ein neues Unternehmen der breiten Öffentlichkeit: "Das Kunsthaus". Das Kunsthaus ist wohl für unsere Stadt, nicht aber überhaupt eine neuartige Schöpfung. In der Waisenhausstraße in Dresden befindet sich das "Dürerhaus", in dem beständig eine reiche Auswahl der verschiedensten besten kunstgewerblichen Gegenstände zur Ansicht und zum Verkauf vorrätig gehalten wird.

ist. Wer sich zu deutschen Gefühlsäußerungen hinreißt läßt, hat "Zwischenfälle" zu gewärtigen, die zu schweren Bestrafungen führen können. Übergröße Empfindlichkeit auf der anderen Seite scheint dieser Zwischenfälle sehr förderlich zu sein.

Mithilfe in der Bekämpfung der Ruhegefahr.

Wieder will, so wird uns von ärztlicher Seite geschrieben, diese gefährdete Seite sich hier einmischen. Nur die Mithilfe aller im Kampfe gegen die Stubenfliege (Rücken) kann die Ausbreitung verhindern. Befolgt die im Einzelne veröffentlichte Ortspolizeiliche Vorschrift und setzt in ihr nicht eine neue Schikane, denn sie ist nur um Euren Willen, zum Schutze Eures höchsten Gutes, Eurer Gesundheit, erlassen.

Ausstellung der Nähschule.

Die seit Mitte April dieses Jahres bestehende Nähschule der Frauensarbeitschule des Mutterhauses für Kinderarbeitern gab vergangenen Samstag in einer von dem Vorstandsmittglied Frau Regierungsrat Janger, der Leiterin der Schule Fräulein Regel und der Handarbeitslehrerin Fräulein Ruff veranstalteten Ausstellung einen Überblick über ihr Bestreben und Leistungen während des ersten Vierteljahres ihres Bestandes. Der Hauptzweck der Nähschule besteht in der sachverständigen Anleitung im Flicken von Weitzug, Umbändern von Kleidern und Berwenden als ganzes unbrauchbar gewordener Wäsche und Kleidungsstücke.

Strandfest.

Die Karnovalegesellschaft Redarostadt, die zu ihrem diesjährigen Strandfest auf dem rechtsseitigen Redarvorgeände zwischen den beiden Brücken eine Baden- und Festplatz von ganz erstaunlicher Ausdehnung errichten ließ, war vom Wetter in einem ungewöhnlichen Maße begünstigt. Als es am Samstag Nachmittag in Strömen regnete, da mußte man die Befürchtung haben, die letzten Beurlaubten würden hingenommen werden.

Ein schwerer Unfall.

ereignete sich am Samstag auf der Bühne des Apollotheaters, als Fräulein Sappé, die in der Operette "Die Rose von Stambul" die Wäldin mit dem ihre eigenen Temperament und Charme verkörperte, in einem Duett mit Fräulein der von Herrn Dehlerking gegeben wird, mit allseitiger Schwingung in den Kulissen verschwand wollte, kam die Künstlerin mit ihrem Partner zu Fall.

lich, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung und Verletzungen an beiden Armen davontrug. Die Künstlerin wurde in die nahegelegene Wohnung einer Freundin verbracht, wo sie erst gestern morgen aus der Bewußtlosigkeit erwachte. Hoffentlich hat der Unfall für Frau Sappé nicht schwerere Nachteile im Gefolge. An ein Aufreten in dieser Woche ist zum mindesten nicht mehr zu denken. Man neigt sogar zu der Auffassung, daß die Künstlerin im Rahmen dieses Ensembles, das bis Ende August hier gastiert, überhaupt nicht mehr zu sehen sein wird. Frau Rudolphi war in der Lage, die Rolle der Wäldin zu übernehmen, sobald die samstägige Vorstellung nicht abgebrochen zu werden braucht.

Die Branntweinherstellung aus Obst.

Sämtliche Gesuche um Erlaubnis zum Brennen von Obst, Obstzerzeugnissen und Rückständen von Obst müssen die Brenner und Stoffbesitzer, einerseits, ob das Brennen gewerbdmässig oder nicht gewerbdmässig geschehen soll, ausnahmslos vor dem Einreichen zunächst beim Steuererheber einreichen, von welchem sie gegebenenfalls einen Vordruck für das bei der Obsterzeugung einzureichende Brenngesuch erhalten. Der dem Verbot gegenüber Obst, Obstzerzeugnisse oder Rückstände von Obst zur Branntweinherstellung benutzte, hat Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder eine dieser Strafen zu gewärtigen.

* Zeichenleertprüfung. Auf Grund der im Juni ds. J. ordnungsgemäß bestandenen Prüfung sind unter die Zeichenleertpraktikanten aufgenommen: Bachem, Gertrud, von Goarben, Blumhofer, Eugen, von Ubstadt, Sauter, Wilhelm, von Bruchsal, Scholz, Hildegard, von Karlsruhe, Wolf, Georg, von Heidelberg.

* Schwarzwaldbandernern diene zur Kenntnis, daß der Friedrich-Luisenturm auf dem Feldberg bis auf weiteres den ganzen Tag über geöffnet ist.

Parteinachrichten.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Montag den 26. Juli fand in der Geschäftsstelle unter Leitung von Frau Dr. Borgnis eine sehr gut besuchte Sitzung des Frauenausschusses statt. Auch von Weinheim und Schwetzingen waren Vertreterinnen erschienen. Zuerst wurden Organisationsfragen behandelt, wobei Fräulein West von der Arbeit der Ortsgruppe berichtete, wie sie in Friedenau ausgebaut worden war. Da dort sehr gute Erfolge erzielt worden sind, soll die Arbeit in derselben Weise in Mannheim in die Wege geleitet werden.

Mannheimer Strafkammer.

Der Kaufmann Oskar Valentin Reichert entwarf ein Jahr und einen Monat. Nach dem Verurteilen kann er nur gläubigen Eifer haben oder liegen lassen. Das Urteil lautet auf eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten auf 3 Monate 3 Wochen Unterbringungshaft.

Von einem vor der Wirtschaft zum Paradies haltenden Auto wurde ein Autoteiler mit Schläuch und Felgen im Werte von 300 Mk. zum Schaden des Versicherungsbüros gestohlen. Der Diebstahl wurde im Besitze des Schmiedes Fritz Jauer von hier gefunden. Diebstahl kann dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden. Es erfolgt keine Verurteilung wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Am April d. J. holte der Matrose Heinrich Kaler von Darschid, der Matrose Paul Dutschmann von Kollheim und noch vier andere bereits abgeurteilte Angeklagte aus einem im Wäldchen liegenden Schiffe zwölf Sentner amerikanischen Speck, nachdem sie den Befehl weggerufen hatten. Diebstahl betrug 10 Zentner auf sein Schiff und verlorste einen Teil des Specks für 700 Mark. Nur Dutschmann ist heute zum Tode verurteilt. Es wird auf eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen erkannt, mit einer in Mainz auszusprechenden Strafe auf zusammen 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Mannheimer Schöffengericht.

Einen ziemlich erheblichen Zusammenstoß gab es am 26. Mai in der Hauptbahnboje. Nicht zwischen zwei Zügen, sondern zwischen zwei Personen, die in beide Richtungen, besonders aber auf der Bahn, entgegenlich sind wie ein Aufprall. Der Kaufmann Alfons Reich von Gerberweil erlitt sonderbarer Weise in Frankfurt sein durchgehendes Billet nach Mannheim, sondern bis Friedrichsheim, mit dem Bemerken, in Friedrichsheim habe er nur 40 Pfg. dazu zu zahlen. Das wäre dann der richtige Fahrpreis gewesen. Hier verlangte man aber 1,20 Mark Nachzahlung von Friedrichsheim hierher und zwar rechtmäßig, denn in Wirklichkeit bedeutet es eine Schädigung durch den Beamten in Frankfurt, der ein durchgehendes Billet hätte geben müssen. Nach bestand darauf, nur 40 Pfg. zahlen zu wollen, mehr brauche er nicht zu zahlen. Auf dem Vorhandensein, wo der Schaffner Georg Heibel ihn vorführte, kam es wegen dieser Angelegenheit zu einem Streit, als ob es sich um einen Betrag von mehreren tausend Mark handelte. Jeder bestand auf seinem Recht. Und schließlich gab Heibel, der behauptete, der andere habe angefangen. Nach voll zur die Faust Heibels im Gesicht gesaßt und diesem dann seine Atemmaske auf den Kopf geschlagen haben. Nach der Behauptung Reich soll der Schöffengericht Curtius ihm den Fuß vom Kopfe gerissen und auf den Boden geworfen haben.

Neues Theater im Rosengarten.

Wiener Operettenspiele.

V. Eine Ballnacht.

Operette in drei Akten von Leopold Jakobson und Robert Boddanzky. — Musik von Oscar Straus. Eine Uraufführung für Mannheim, die manche Gebanten und Erinnerungen weckt: an den jungen Straus (der mit symphonischen Dichtungen anhand) an die tanzlose Operette, an das frühere und das heutige Operettenpublikum. Als er noch gute Musik schrieb, ging es ihm schlecht, als er sich dem Lieberbreit widmete und "amoureux" Lieder auf den Markt warf, ging es ihm besser, und als Oscar Straus die stark dekorierte Wiener Muse zur Freundin erkor, gewann er den Reichtum jener Friedenszeiten, der sich durch den Besitz eines eigenen Auto ausweisen mußte. Der "Wolfskraut" von 1907, der sich in der Gegenwart des zwanzigsten Jahrhunderts begibt, im Fürstentum Hausenheim unter Joachim 13., eroberte auch das deutsche Operettenreich. Dann kam von England das Tanzduett herüber; der englische Stumpfsinn fand deutschen Widerstand, denn dies Tanzduett, gemein, grob, ohne musikalischen Reiz, fand begeisterte Aufnahme; Ohne solche Tanzerei kein Operetten-Erfolg, obendrein heute, wo wir mit einem neuen Operettenpublikum zu rechnen haben.

Was darüber zu sagen wäre, ginge den Soziologen an. Ueber die "Ballnacht" selbst wollen wir uns kurz fassen. Oscar Straus ist noch heute ein Musiker, der in manchen Rummern seiner Partitur — z. B. füglich in der Einleitung, dem Reigen der Geliebten — seine vornehme Abkunft verrät. Er schreibt in guten Formen, hat nette halbfranzösische Stilmodelle, benutzt harte und förmer mit Feinheit und findet manche wohlklingende Melodie. Seine Erfindung ist matt geworden, wenn sie sie an seinen Lieberbreit-Anfängen messen, seine Tanzduette zeigen den Rückweg zur Tangatonelei. Aber gerade diese grotesken Tänze — mehr Zirkusnummer als Tanz — gefallen dem heutigen Publikum! Diese und der Reiz der Handlung (an der sich manche Zeitgenossen habilitieren wollten) machten den Erfolg. Ob man aber nicht dem neuen Publikum allzu

weilen haben mit dem Wort: „Du kümmerst dich um den Ort nicht, du kümmerst dich um die Leute.“ Und als er sich auf den Bahnhofsperon gerichtet habe, habe er...

Einem Beitrag zum Nachteil der Eisenbahnunternehmung verleihe der Reichstag...

Einem dreifachen Schwand unternehme der ledige Rath Müller von Sandhausen...

Die Senkung der Preise.

V. Zweibrücken, 31. Juli. Die Untersuchung wegen der in Krähenberg vorgekommenen schweren Ausschreitungen gegen zwei Mitglieder des Stadtrats...

W. Darmstadt, 29. Juli. Der Höchstpreis für Frühkartoffeln ist auf 32.— M. festgesetzt worden.

Kommunales.

Karlsruhe, 30. Juli. Die amerikanische Biederkeit hat sich auch in bemerkender Weise der Stadt Karlsruhe angenommen.

B. Karlsruhe, 23. Juli. Der Betrieb des Kinderheims Rosenau wird vom 1. August ab von der Stadt übernommen.

H. Karlsruhe, 23. Juli. Der Betrieb des Kinderheims Rosenau wird vom 1. August ab von der Stadt übernommen.

weit entgegenkommt? Wir, die Kinderheit, meinen so. Etwas weniger platten Spatz, etwas weniger Orpheus-Kreuz und „ein Dalap mehr“ würden uns besser gefallen.

Heidelberger Schloßbeleuchtung.

Das Redorial liegt im Abenddunkel. Aber die Dunkelheit der Sommerzeit ist doch nicht stark genug, um alle Einzelheiten zu verdecken.

Langsam schienen sich die Menschenmassen ins Tal. Es sind diesmal nicht so viel Fremde wie früher, denn es ist zu spät bekannt geworden...

Doch die Zuschauer werden belohnt. Es ist fast 11 Uhr, als ein Schuß vom Detonator her die Kunde bringt, daß die Schiffe mit den Studenten...

Wohnungen zur Hebung der Wohnungsnot wird ein Ausschuss eingesetzt, der im Benehmen mit Sachverständigen arbeitet.

Frankfurt, 28. Juli. Die Wohnungsnot in Frankfurt hat nun einen dramatischen Höhepunkt erreicht, daß das hiesige Wohnungswesen sich veranlaßt sieht, dringend vor dem Zustieg nach Frankfurt zu warnen...

Aus dem Lande.

Reilagen, 1. Aug. Freitag nachmittag 5 Uhr wurde unser Ort durch ein Großfeuer von totaler Katastrophe Ausdehnung heimgesucht.

Heidelberg, 1. Aug. Die hier schon erdörtere schmerzige Lage des Heidelberger Reichsgerichts...

Bruchsal, 30. Juli. Ein Bruchsaler Landmann in Remagen, Herr John Bopp, hat, wie die „Bruchsaler Zeitung“ berichtet...

St. Blasien, 28. Juli. Wie schon kurz berichtet worden ist, werden am 11. August d. Js. 200 Jahre verfließen sein...

St. Blasien, 28. Juli. Wie schon kurz berichtet worden ist, werden am 11. August d. Js. 200 Jahre verfließen sein...

St. Blasien, 28. Juli. Wie schon kurz berichtet worden ist, werden am 11. August d. Js. 200 Jahre verfließen sein...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Volkshochschule für Kunst der Stadt Mannheim. Sämtliche Bibliotheksbücher werden vom 1. August bis 14. September geschlossen.

Kleine Mitteilungen.

Nieder Strauch tritt in den nächsten Tagen seine südamerikanische Reise an. Er begibt sich zunächst nach Nataland und schiffet sich am 12. August auf dem „De Otiorio“ nach Rio de Janeiro ein.

aus der Klostergeschichte St. Blasien herauszugeben. Am 15. Oktober 1764 war Martin Gerbert, der aus Horb im Württembergischen stammte...

Wabemeyer, 31. Juli. Der Ehrenbürger der Stadt, der kürzlich in Wabemeyer verlebte Privatmann H. Rayer, ist der Stadtgemeinde 80.000 M. an Geld zum Besten der Armen...

Konstanz, 29. Juli. Am Dienstag brach in dem Dachraum des Hauses Scherenschneide 73 ein Brand aus, der an dort lagernden Geräten an Holz und Metallteilen reichliche Nahrung fand...

Palz, Hessen und Umgebung.

A. Hirschhorn, 28. Juli. Zur Pflege des geselligen Lebens und festen und einigen Zusammenhalts der Jugend schlossen sich vor einiger Zeit mehrere junge Leute des bürgerlichen Standes zusammen...

Darmstadt, 29. Juli. Die Günstigerungen in Hessen erfahren von Jahr zu Jahr eine ganz gemächliche Steigerung.

Waldheim, 31. Juli. Die am linken Rheinufer bei Niederheimbach gelegene Burg Hoheneck, die neuerdings auch den Namen Heimbach führt...

Waldheim, 31. Juli. Seit geraumer Zeit sind die Klagen immer lauter geworden, daß die während des Krieges erst fertig gemordene große Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Wingen...

Gerichtszeitung.

Kaiserslautern, 1. Aug. Vor dem französischen Polizeigericht standen der 3. Bürgermeister Schwarz und der Stadtdirektor Nord aus Zweibrücken wegen angeblicher Verschönerung der Wohnungseinrichtungen...

Landau, 28. Juli. Das Schöffengericht hatte sich in seiner letzten Sitzung nur mit Milchpansierereien zu beschäftigen. Die gewissenhaften Richter entnahmen ihre Mühe bis zu 57,8 Prozent...

Landwirtschaftliches.

W. aus der Westpfalz, 28. Juli. Durch eine Verfügung an die Bürgermeisterämter u. Gendarmeriestationen des Amtsbezirks hat das Bezirksamt Zweibrücken sämtliche Brautgetreide...

Der Sport vom Sonntag

Wettswimmen „Quer durch Mannheim“.

Die Wasserläufer verkündeten, daß das Wettswimmen „Quer durch Mannheim“ erst am 8. August stattfinden...

Das Programm verzehnte 95 Wettkämpfe. Das Gros der Teilnehmer und Teilnehmerinnen stellte der veranstaltende Verein...

Die beiden Führenden, A. Wittmann und J. Floethe, lagen auf der ganzen Strecke fast auf gleicher Höhe...

- Wettswimmen über 90 Jahre (500 Meter): 1. H. Heubachmann 9 Min.
Damenjugendswimmen (500 Meter), 5 Teilnehmerinnen...

O. Warmuth-Spandau Deutscher Rheinmeister.

B. Klein, 1. Aug. Die am Sonntag in Köln ausgelegte Rheinmeisterschaft, veranstaltet vom R. S. R. 1912, brachte große Liebererfolge...

- Deutsche Rheinmeisterschaft, 7500 Meter. 1. O. Warmuth, Spandau, 44,10 Min.
Gemeinschaftswimmen, 7500 Meter. 1. H. Kommissl, Gelsenkirchen, 46,13 Min.

Die sonntägigen Fußballwettkämpfe.

Mannheimer Fußballklub 08 — Sportklub Freiburg, 31. Juli 1920. Am gestrigen Sonntag Vormittag trafen sich auf dem Stadion...

Richtlinien für die Rugbyballspiele 1920-21.

Der Deutsche Rugby-Fußballverband (Gesellschaftliche Feldspieler) verleiht seinen unteren Verbänden und Vereinen die Richtlinien für die Spielzeit 1920-21...

Die Zukunft des deutschen Luftschiffbaues.

Im Kurort Bad Nauheim sind, wie bereits an anderer Stelle kurz mitgeteilt, vier Tage die 10. ordentliche Generalversammlung der Deutschen Luftschiffbau-A.G. in Anwesenheit...

Referenten für Sport in allen Ministerien.

Im Reichsministerium des Innern ist durch die Ernennung des Herrn Dr. Kallwitz und im Reichswehrministerium durch die von Herrn...

Schädel die Zweijährigen!

Verschiedene Sportzeitschriften bringen einen Bericht, in dem C. Sachs an den Preussischen Landwirtschaftsminister und Oberlandbauinspektor die Frage richtet...

Internationale Leichtathletische Wettspiele in München.

Am 28. und 29. August veranstaltet der L. u. S. Sportverein München von 1860 wieder internationale leichtathletische Wettspiele...

Zur Vertiefung gelangen in den letzten sechs Wochenstunden in den Einrichtungen selbständige Veranstaltungen und Wettspiele...

Diebererfolge.

Karlsruhe, 1. Aug. Diebstahl von Geld und Wertgegenständen, 11000 Mark...

Denkmäler. Tot: 53:10; 17, 18, 45:10. — Preis von Herzfeldt, 11000 M. 2400 Mtr. 1. Dolbe (Wier), 2. Notbremse (Kreider), 3. Warkheider (C. Dreißig)...

Hannover, 1. August. Jungfern-Rennen, 17000 Mark, 1000 Meter. 1. Omen (C. Schmidt), 2. Reonie (Wrona)...

Reutlingen, 1. Aug. Hämmerchen-Rennen, 17000 Mark, 1000 Meter. 1. Reut, 2. Hämmerchen, 3. Gerber...

München-Klein, 1. August. Preis von Koblenfeld, 11000 M. 1000 Meter. 1. Chimäre (Watz), 2. Anolis, 3. Totes Rennen...

Neue Rennausreibungen veröffentlicht der Dresdener Reiterverein für den 4. und 5. September. Die beiden hauptsächlich dem Hochsport gewidmeten Tage bringen insgesamt 33.000 Mark...

Neues Reichsamt für die Reichswehr. Für den bevorstehenden Herbst wird die Reichswehr durch die Ernennung des Herrn Dr. Kallwitz...

Die Dresdener Reiterverein trachten den „Gazonia-Preis“ in 2 Jahren über 30 und 40 km, der von Hermann o. (Continental-Reifen)...

Neuzeitliche der Deutschen Radfahrer-Liga. Die Streckenwettbewerbe der Union über 110 km für Amateur- und Berufsfahrer findet am 15. August auf der Straße Berlin-Baumgarten statt...

Internationales Tennisturnier in Karlsruhe. Noch jahrelanger, durch den Krieg verursachter Unterbrechung konnte in diesem Jahre der Internationale Sport-Club Karlsruhe die Reifezeit einer dessen bekannten...

Aerztlich glänzend empfohlen

Süddeutschlands verbreitetster

Besitzerin: Bad Überkingen, Kurhaus u. Mineralbrunnenbetrieb. Deutsch. Gastwirte L.O.M.H.

Überkinger Sprudel

Hauptniederlagen:

Ambros Ballweg, Mineralwassergrosshandlung, Telephon Nr. 2911, Mannheim, 3 6, 17

Peter Rixius, O. m. b. H., Mineralwassergrosshandl., Tel. Nr. 6796, Mannheim, D 6, 9/11

Rumänien * Bulgarien * Serbien

Unser nächster direkter Donauschlepp wird voraussichtlich Mitte August ab deutschem Donauhafen expediert. Billigste, rasche u. zuverlässige Beförderungsgelegenheit. An allen größeren Plätzen durch eigene Häuser vertreten.

TRIEST, Mustermesse Herbst 1920

Eröffnung Ende September 1920.

Vertreter der Adriatica S. A. Triest,

offizielle Spediteure des Messe-Komités.

Wir laden wöchentlich direkte Sammelwagen nach Triest, deren Benutzung, bei raschster Beförderung, bedeutende Frachtvorteile bietet.

Prompte Dampferanschlüsse nach der

Levante * Orient * Uebersee

Alle Auskünfte erteilen: **Schenker & Co.** Internationale Transporte Mannheim-Karlsruhe.

Wiener Operettenspiele im Rosengarten. Heute, Montag, 7 1/2 Uhr — Ende 10 1/4 Uhr

Die Ballnacht

Künstlertheater „APOLLO“ Heute Abend 7 1/2 Uhr

Die Rose von Stambul

Palast-Theater.

Die 12. Alter-Woche! \$240

Die Tragödie einer Intrigantin 6 Akte
Jugendliebe 6 Akte.

Vertriebene Elsaß-Lothringer

Anträge auf Vorentscheidung und von Verdängungsschäden betr. nach Bescheid H. Schmitt, D 3, 11, Tel. 5052, Speyerstr. 3-7.

Frisch eingetroffen:

Ungekochte markentreue Margarine Pfund 11.50

Matjesheringe 1kg 1.40

Neue Kartoffeln 45 Pf.

Gross-körniger Vollreis Pfund 5.25

Condensierte geschaltete markentreue Vollmilch Dose 8.-

Gute Deutsche Speise-Chokoladen in verschiedenen Sorten u. Preislagen

Johann \$230

Schreiber

Peter Deuss, P 1, 7 Heute eingetroffen: *1404

Frische Schellfische Neue Matjes-Heringe Täglich frische Räucherfische!

Dachreparaturen sowie Neubauten

Jeder Art, Schiefer, Ziegel, Dachpappe und Metall übernehmen bei billigster Berechnung unter Garantie rascher und solider Ausführung *1487

Karl Schäfer & Sohn, K 3, 5. Kostenvorschläge und Preislisten gratis.

Alleinverkaufsrecht

Für unsere vertriebbare Zigarettenpfeife u. Stummel aussehender (D. R. P. — D. R. G. M.) zu vergeben. Warenverkehrsgericht Dresden, Girtusstr. 24.

Herd- und Ofen-Reparaturen

Bei Brennen u. Backen garantiert, sowie Setzen, Putzen u. Ausmauern. Herdgeschäft F. Krebs, J 7, 11 (Glasentwurf)

Heute bis Samstag Ausnahmepreise

- Gabardine reine Wolle, 130 cm breit . . . Meter 125.-
- Rockstreifen 130 cm breit Meter 49.-
- Schotten für Kinderkleider, doppeltbreit . . . Meter 29.50
- Jaconette 100 cm breit, schwarz Meter 18.90
- Kleiderseide doppeltbreit, schwarz, marine, grün, taupe Meter 69.-
- Crêpe de chine doppeltbreit Meter 58.-
- Seiden-Frotté Meter 19.50
- Voll-Volle 115 cm breit, weiß Meter 26.50
- Schürzenstoffe Meter 18.90
- Hemdentuche 80 cm breit Min. 18.80, 14.80 11.80
- Bettuch-Crétonne 160 cm breit Meter 49.- 29.50

Seid. Damenstrümpfe mit Baumwollfuss und Rand, schwarz, braun, grau Paar 49.-

Mittags 12 1/4 bis 2 1/4 Uhr geschlossen.

Hirschland MANNHEIM · AN DEN PLANKEN

Erstklassige Bezugsquelle für alle Sorten

Brennholz

Mannheimer Kohlenhandels-gesellschaft mit beschränkter Haftung E 7, 1 — Telephon 1281 — E 7, 1

J. K. Wiederhold Gesellschaft mit beschränkter Haftung E 7, 1 — Telephon 616 — E 7, 1

Kein Händler ist in der Lage, vorteilhafter zu liefern als wir. — Umlaufende Zirkulare in Holz enthalten nur scheinbare Vorteile.



Damenstrümpfe

- Damenstrumpf gute Ware, Strapazierstrumpf Paar 12.50
- Besonders zu empfehlen Floru. Macco gute halb. Qualität, verat. Spitze, Sohle und hohe Ferse in schwarz, weiss, braun, grau 19.50
- Seidenflor sehr solide, verstärkte Sohle, Spitze u. hohe Ferse in schwarz und weiss 25.50
- Seidenflor sehr elegant u. vornehm, nicht wellig, in mod. Farben schwarz, weiss, grau, braun, rotbraun 45.00

Otto Hornung, P 5, 1 Heidelbergstrasse.

Für Notwohnungen! Für jeden Haushalt!

„Blitz“ Spar-Kochherd

D. R. G. M. 8960

90% Holz- und Kohlen-Ersparnis.

Praktische Vorführung am 3., 4., 5., 6. August von 4—5 Uhr im Saale zum grünen Haus, U 1, 1.

Ihr Bruch wird größer!

Er drückt sich unter der Pelotte hervor. Die Hernien-Bandage, Erfinder Dr. Winterhalter, ist das einzig patentierte Band, das den Bruch von unten nach oben zurückhält und Größterwerden verhindert. Ohne Feder bequem nachts tragbar. Ueber 20000 im Gebrauch. Hernien-Bandagenhaus Dr. Winterhalter, Halle a. S. Zu sprechen in Mannheim nur Mittwoch, den 4. August, von vorm. 8 bis nachm. 6 Uhr im Hotel Hessischer Hof. Warnung vor minderwertigen Bändern. © 1919

Brennholz

ist der einzige Verlag für die ab jetzt teilweise ausfallenden Kohlenzusammenfassen. Beden Sie sich im Sommer reichlich ein, da keine Gewährleistung. In trockenem Hart- u. Weichholz sofort verteilbar. Verlangen Sie Offerte. *123 Für Zentralheizungen, Gewerbe etc. Spezialisierung auf Wunsch. Rationalisiertes Holz wird in bester Beschaffenheit sofort zugeführt; senden Sie uns die von der Ortshölzerei freigegebene Karte 3 ein. Bügler & Co., G. m. b. H. Kohlenhandlung Karl Ludwigstrasse 28/30 7905 Telephon 7740

Stockholz

in gesund, erdfrischer Ware liefert wagenweise zu billigsten Tagespreisen.

Ferdinand Wohlgenuth

Mannheim, Damstr. 26 J. Wann b. Berl.-Brandje übernimmt Inkasso für Heidelberg u. Umgeb. Angebote unt. W.P. 50 an die Geschäftsstelle. *1473

Aufarbeiten

Matr. u. Diwan u. prompt u. bill. übernommen. Räume nach jeder Entf. fertig. K. 3, 10, 2. St. Str.